

## **Zwangsabgabe für Bankkunden in Zypern? Welche Bedingungen werden in Zukunft gestellt, um Banken vor dem Zusammenbruch zu retten?**

Klar ist, dass ohne Banken eine Wirtschaft nicht funktioniert und ein Zusammenbruch in Zypern, dem griechischen Teil der Insel, droht. Neu in der jetzigen Situation ist die Forderung aus Brüssel, die Bankkunden, also die Gläubiger, in die Pflicht zu nehmen. Wenn das zyprische Parlament seine Zustimmung zu diesem Diktat verweigert, ist Zypern nicht mehr zahlungsfähig. Da die Politik wegen der geforderten Transparenz ihrer Entscheidungen geschwätzig sein muss, befürchten Fachleute, dass die Zyprioten ihre Konten längst geleert haben und das Geld in Sicherheit gebracht.. Woher also nun das Geld für die Rettung nehmen?

Die Geberländer, also auch Deutschland, haben ein Interesse daran, dass das geschnürte Rettungspaket von ursprünglich 15 Milliarden Euro, jetzt reduziert auf 10 Milliarden, und geknüpft an Bedingungen auch wirklich zurückgezahlt wird und nicht den russischen Oligarchen in die Hände fällt. Schließlich geben auch wir Steuergelder zur Gesundung der zyprischen Wirtschaft, d.h. eigentlich nur, um eine neue Schieflage des Euro zu verhindern, und diese Gefahr ist groß. Es musste also ein Hebel gefunden werden, um diese superreichen Geschäftemacher aus Russland zu treffen. Deshalb werden die Bankeinlagen mit einer Zwangsabgabe belegt von 6,75% für kleine Einlagen und 9,9% für große Einlagen. Tatsächlich braucht man diese 6 Milliarden Euro, errechnet aus den Zwangsabgaben, um Zyperns Staatsfinanzen zu stabilisieren. Der SPD-Vizefraktionschef Joachim Poß beschreibt diesen Aufbruch in neue Zeiten mit den Worten: „Künftig wird es Rettungsmaßnahmen ohne Beteiligung der Reichen und Superreichen nicht mehr geben“. Sofort gibt es aber auch Protest, weil nun auch Kleinanleger für die Fehler der Banken büßen müssen. Sind aber auch die Kleinanleger so unschuldig, wie sie sich geben? Das Geld muss jedenfalls her, sonst gibt es keine Rettung, und der zyprische (Kleinst) Staat ist nicht mehr zahlungsfähig. Warum ist der griechische Teil dieser Insel überhaupt Mitglied der EU und der türkische Teil ausgeschlossen? Wieder sind es Fehler und Versäumnisse der EU, die die fortwährende Teilung der Insel seit dem Referendum 2004 geduldet hat. Die Bindung des griechischen Teils von Zypern an Griechenland hat schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft der griechischen Inselaner gehabt. Besserung ist wegen dieses grundlegenden Fehlers und eines weiter schwelenden Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei nicht in Sicht.

Spanien, das selbst ESM-Hilfen für seine Banken ohne Einleger-Beteiligung bekommt, darf sich nicht darauf verlassen, dass es so bleibt. Wenn es doch so wäre! Es wird weiter

gewurstelt! Im nächsten Jahr findet wieder eine Europa-Wahl statt. Wen soll man als Abgeordneten wählen, wenn er gar nicht entscheiden kann? Der Bürger versteht nicht mehr, was in Brüssel passiert, und weil es so ist, wählen immer weniger als 50%. Dann ist das Wahlergebnis aber auch nicht repräsentativ. Weiter so, hilft aber nicht mehr!

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 02. Mai 2013